



Dominik Bär, Friderike Csaki, Roland Roth (Hg.)

Handbuch kinderfreundliche Kommunen

Kinderrechte kommunal verwirklichen

Die Rechte von Kindern sind zu achten, zu schützen und zu fördern. Kinder müssen angemessen an Entscheidungen beteiligt werden, die sie betreffen. Diese Maßstäbe gelten auch und gerade für Kommunen in Deutschland. Kinderrechte sind für Kommunen daher kein beliebiges Randthema, sondern eine Kernaufgabe kommunaler Selbstverwaltung!

Jede Kommune muss im Hinblick auf Kinderfreundlichkeit ihren eigenen Weg gehen. Ein Modell, das für alle passt, gibt es deshalb nicht. Die Fachbeiträge bieten vielfältige Anregungen, wie die lokale Umsetzung der anspruchsvollen und weitreichenden Ziele und Normen der UN-Kinderrechtskonvention gelingen kann. Kommunen kommt dabei eine besondere Rolle zu, weil sie die Lebensbedingungen und Entwicklungschancen junger Menschen durch ihre Einrichtungen und Dienste nachhaltig prägen. Kinderrechte werden in erster Linie vor Ort verwirklicht.

ISBN 978-3-95414-146-3, 568 S., € 56,00
PDF: ISBN 978-3-95414-147-0, € 54,99



www.kinderrechte-
verlag.de/kidreichte

Mehrwegsysteme in der Gastronomie

Nutz es nochmal!

Weniger Littering in Parks, weniger Plastik in den Meeren und weniger CO₂-Emissionen: Die lokale Gastronomie zu mehr Mehrwegverpackungen zu bewegen, hat viele Vorteile. Eine Praxisanleitung für Kommunen hat das Freiburger Öko-Institut im Auftrag des Umweltbundesamts erstellt.¹ Unsere Autorin ist Mitverfasserin und stellt sie vor.

> Clara Löw

Essen und Trinken to go boomt, erst recht seit Beginn der Corona-Pandemie. Diesem Trend stehen neueste regulatorische Entwicklungen gegenüber: Anfang Juli 2021 trat ein neues Verpackungsgesetz in Kraft – Rührstäbchen, Trinkhalme aus Plastik sowie Verpackungen aus expandiertem Polystyrol sind seither verboten. Damit noch weniger Einwegplastik verbraucht wird, müssen Caterer, Lieferdienste und Restaurants ab 2023 für alle Getränke und Speisen außer Haus Mehrwegverpackungen anbieten.

Becher, Besteck und Geschirr am besten 50 Mal verwenden

Das alleinige Anbieten von Mehrwegverpackungen reicht aus Umweltsicht nicht aus: Nach Einschätzungen des Umweltbundesamtes müssen Becher mindestens zehn Mal – für eine positive Klimabilanz sogar mindestens 50 Mal – wiederverwendet werden. Mehrwegsysteme müssen also einen sinnvollen Anreiz zur Rückgabe der Behältnisse schaffen. Außerdem gibt es in der Peripherie viele Aspekte, die die Klimabilanz beeinflussen: ob das Waschen der Becher und Teller zum Beispiel mit Ökostrom geschieht und ob der Deckel für Geschirr und Becher ebenfalls Teil des Pfandsystems ist.

Spätestens an dieser Stelle kommen Städte, Kreise und Gemeinden ins Spiel. Vielerorts gibt es schon die sogenannten lokalen Becher, die oft als kleine Projekte gestartet sind – häufig unterstützt von

Kommunen oder ihren Abfallentsorgern. Inzwischen hat sich der Markt allerdings auch mit überregionalen Anbietern weiter professionalisiert und befindet sich immer noch im Wandel. Das Prinzip ist dabei immer ähnlich: Ein Unternehmen besitzt Becher, Teller, Schüsseln und Deckel und kümmert sich um die Logistik. Gastronomiebetriebe wählen aus diesen Unternehmen ihren Kooperationspartner aus und leihen sich von ihnen das Geschirr, das die Kund*innen dann gegen Pfand erhalten.

Initiieren, motivieren und beraten

Die Kommune kann im Wesentlichen auf drei verschiedene Arten Einfluss nehmen.

Initiieren: Sie kann selbst ein lokales Mehrwegpfandsystem betreiben oder der Abfallentsorger gründet eine gemeinsame GmbH mit einem Mehrwegsystemanbieter. So geschehen in Darmstadt, wo sich die städtische Beteiligungsgesellschaft Heag mit der Fair-Cup GmbH zusammenschloss. Kommunen können außerdem die teilnehmenden Lokale untereinander vernetzen – durch Kick-Off-Veranstaltungen, Arbeitskreise und Erfahrungsaustausch. So entstehen zum Beispiel gemeinsame Spülmöglichkeiten.

Motivieren: Das gelingt vor allem über Öffentlichkeit. Zum Beispiel können Müllwägen fahrend Werbung für Mehr-



Foto: Clara Löw

wegsysteme machen. Öffentliche Kantinen können mit gutem Beispiel voran gehen. Es gehört auch dazu, den Erfolg nach der Einführung von Mehrwegsystemen zu evaluieren und im Zweifel nachzubessern.

Diese Bemühungen profitieren von einer engen Zusammenarbeit zwischen Hygieneaufsicht und Abfallwirtschaft. Die Aufklärungsarbeit sollte immer die Kommunikation der Vorteile von Mehrweg- und der Nachteile von Einwegverpackungen – auch aus Bioplastik – zum Ziel haben. Finanzspritzen können Unternehmen etwa bei Anschaffungen für hygienisch einwandfreie Befüllung oder Werbematerial helfen. Betriebsübergreifende, kommunal-finanzierte Schulungen entlasten die Betriebe, damit bei Personalwechsel die Erfahrung nicht verloren geht. Nicht zuletzt gehört auch dazu, die Bürger*innen mit runden Tischen, Bürgerbeteiligungshaushalten

oder ähnlichem bei der Einführung mitzunehmen.

Beraten: Städte, Kreise und Gemeinden sollten in der Lage sein, offene Fragen zur Einführung der Mehrwegsysteme zu beantworten, etwa was Hygienevorschriften und Finanzierung betrifft. Einen guten Überblick bietet die Homepage des Blauen Engels, mit dem auch einige Mehrwegsysteme zertifiziert sind.²

Manches funktioniert am besten überregional

Darüber hinaus gestalten Städte, Kreise und Gemeinden die Rahmenbedingungen für Mehrweg bewusst oder unbewusst, mit entsprechendem Ergebnis. Die Nachbargemeinden, aus denen Arbeitnehmende in die Stadt pendeln, sollten in die Entscheidungsprozesse sowie in die Umsetzung einbezogen werden. So werden sich Pendler*innen, die auf ihrem Heimweg Speisen und Geträn-

ke verzehren, eher für die Mehrweglösung entscheiden. Filialen großer Ketten, die keine so weitreichenden Entscheidungen treffen können, sind im Einzelnen schwer zu überzeugen. Sie sollten über überregionale Gremien angesprochen werden. Wenn es gelingt, die Hürden abzubauen und Bedenken auszuräumen, dann klappt es auch mit dem Wandel zur Mehrweg-Kommune.

1) Löw, Clara / Gröger, Jens / Neles, Camilla / Wacker, Mona: Müllvermeidung in Kommunen. Mehrwegsysteme für Speisen und Getränke zum Mitnehmen, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau 2021, 20 Seiten, PDF unter [umweltbundesamt.de: gruenlink.de/28xk](http://umweltbundesamt.de/gruenlink.de/28xk)

2) blauer-engel.de/uz210

> Clara Löw ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Öko-Institut in Freiburg. Sie ist eine der Autor*innen der UBA-Broschüre.